



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Gesundheitsausschuss

Es informiert Sie:	Anja Kirches
Telefon:	02104/99-2260
Fax:	02104/99-842260
E-Mail:	anja.kirches@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 19.11.2015

Niederschrift

zur Sitzung des Gesundheitsausschusses

Sitzungstermin Montag, den 09.11.2015, 15:00 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Klaus Rohde

Mitglieder

Bernd Falkenau
Brigitte Hagling
Gabriele Hruschka
Marion Klaus
Jörg Koch
Regina Küchler
Nils Lessing
Gerd Lungen
Marianne Münnich
Carola Rotert
Sybille Schettgen
Stephan Schnitzler
Norbert Schreier
Andreas Seidler
Margret Stolz
Elke Thiele

Verwaltung

Viola Becker
Lothar Breitsprecher
Anja Büttner
Bettina Ex
Ulrike Haase

Peter Herz
Michael Hirsens
Anja Kirches
Peter Köppchen
Simone Kraschinski
Dr. Rudolf Lange
Andrea Pannen
Lisa Remus
Jana Römer
Frank Schäfer

Gäste

Manuela Bouwers
Alexandra Gräber
Katarina Pellet Lastra

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
- 1.1. Eröffnung der Sitzung
- 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.3. Feststellung der Anwesenheit
- 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 1.5. Feststellung der Tagesordnung
- 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2015
3. Informationen der Verwaltung
4. Haushalt 2016 20/032/2015
5. Vorstellung des Therapieansatzes ABA/VB (Applied Behavior Analysis/Verbal Behavior) für autistische Kinder
6. Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann für das Jahr 2016 53/019/2015
 - Aufhebung der Kreistagsbeschlüsse vom 18.12.2014 (Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann vom 22.12.1995) sowie vom 22.06.2015 (Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann)
 - Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann für das Jahr 2016
7. Bericht über die Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinde- 57/012/2015

rung im Jahre 2015

- 8. Versorgungssituation für Kinder mit Förderbedarf im Vorschulalter im Kreis Mettmann 57/013/2015
- 9. Nachträge
- 9.1. Tätigkeit des Beschwerderates für Psychiatrie und Suchthilfe der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Mettmann 53/021/2015
Hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 02.11.2015

Nicht öffentlicher Teil

- 10. Informationen der Verwaltung
- 11. Vergabe zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann für das Jahr 2016 53/020/2015
- 12. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Herr Rohde eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Es folgt die Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit. Es fehlt Frau Martina Reuter.

Die Tagesordnung wurde fristgerecht erweitert um den Tagesordnungspunkt:

- 9.1 Tätigkeit des Beschwerderates für Psychiatrie und Suchthilfe der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Mettmann 53/021/2015
Hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 02.11.2015

Frau Hruschka stellt für die CDU-Fraktion den Antrag, den Tagesordnungspunkt 5 - Vorstellung des Therapieansatzes ABA/VB (Applied Behavior Analysis/Verbal Behavior) für autistische Kinder - im Anschluss an TOP 3 zu beraten. Hierdurch soll den anwesenden Referenten zu TOP 5 ermöglicht werden, die Sitzung vor den evtl. länger dauernden Haushaltsberatungen zu verlassen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Die SPD Fraktion benennt als Berichterstatterin für den Kreistag für den Tagesordnungspunkt 6 Frau Margret Stolz.

Als Tischvorlagen liegen alle Anträge/Anfragen zum Haushalt nochmals aus.

Frau Haase führt aus, dass zum Thema „**Agenda Inklusion**“ die Verwaltung beauftragt wurde, die erarbeiteten Maßnahmen unter Berücksichtigung der personellen und finanziellen Ressourcen sukzessive zu realisieren. In der Sitzung des Gesundheitsausschusses vom

28.08.2014 wurde zugesichert, über Maßnahmen, die die Verwaltung von sich aus in den Haushaltsentwurf einstellt, im Rahmen der Haushaltsberatungen zu informieren. Eine Übersicht über die in den Haushaltsentwurf 2016 eingestellten Maßnahmen des Gesundheitsamtes liegt als Tischvorlage aus.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 07.09.2015

Die Niederschrift über die Sitzung des Gesundheitsausschusses am 07.09.2015 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung
--

Einsatz von Integrationshelfern im Offenen Ganztag

Frau Haase informiert die Ausschussmitglieder über ein Schreiben der Schuldezernentinnen und Schuldezernenten der kreisangehörigen Städte. Darin wird der Landrat gebeten, Kindern mit einem Rechtsanspruch auf einen Integrationshelfer, diesen auch für den Offenen Ganztag in den Grundschule zu bewilligen, und hierbei auf die Einkommens- und Vermögensüberprüfung zu verzichten. Frau Haase erläutert, dass dies ein sehr kontrovers diskutiertes Thema ist. Die Stadt Düsseldorf gewährt hier eine freiwillige Leistung, so dass von den Eltern kein Kostenbeitrag gefordert wird. Die Praxis des Kreises Mettmann einer Einkommensüberprüfung richtet sich hier nach den Vorgaben des Landessozialgerichts.

Gesundheitliche Lage der Flüchtlinge

Herr Dr. Lange berichtet, dass derzeit 14 Notunterkünfte als Erstaufnahmeeinrichtungen im Kreis Mettmann betrieben werden.

Durch Neubelegung der Einrichtungen findet ein ständiger Wechsel statt. Die gesundheitliche Situation der Flüchtlinge ist ähnlich wie die der Gesamtbevölkerung. Es gibt Menschen mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Rheuma, Diabetes u. a. Erkrankungen. Durch die Jahreszeit bedingt kommt es verstärkt zu Erkältungskrankheiten. Darüber hinaus gibt es Fälle von Läusebefall oder Krätze.

Herr Dr. Lange informiert, dass zum 01.10.2015 der Vertrag des Landes NRW mit der Kassenärztlichen Vereinigung über die ärztliche Versorgung von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Einrichtungen des Landes NRW in Kraft getreten ist. Dieser Vertrag bezieht sich auf die Erstuntersuchung, Röntgenuntersuchung, Impfungen und die allgemeine medizinische Versorgung der Flüchtlinge und Asylbewerber während der Unterbringung in Ersteinrichtungen, zentralen Unterbringungseinrichtungen und den Notunterkünften des Landes NRW.

Sachstand Traumaambulanz

Herr Dr. Lange führt aus, dass seit dem 01.10.2015 ein Arbeitskreis implementiert wurde, der aus Herrn Vollmers, Frau Arnolds, Schulpsychologen und jeweils einem Vertreter der Psychologischen Beratungsstellen der kreisangehörigen Städte besteht. Hier soll die Vorgehensweise im Sinne eines Ablaufplans bei Fallanfragen abgestimmt werden. Es gab bereits erste konkrete Fallanfragen aus Monheim am Rhein und auch erste Terminabsprachen mit KITAS zwecks Schulungen sind erfolgt. Herr Vollmers hat Kontakt zur LVR-Klinik Düsseldorf und dem Heilpädagogischen Zentrum Aprath zwecks zukünftiger Vermittlung aufgenommen. Des-

weiteren erfolgt die Vorstellung der Trauma-Clearingstelle in regionalen und überregionalen Gremien.

Refinanzierung von therapeutischen Leistungen in KITAS

Die KITAS des Kreises Mettmann in Velbert und in Langenfeld haben bereits seit vielen Jahren eine Zulassung als Ort der Leistungserbringung nach dem SGB V. Dadurch können die verordneten Therapiemaßnahmen von der Trägerverwaltung direkt mit den Krankenkassen abgerechnet werden. Herr Schäfer berichtet, dass im Rahmen eines aufwändigen Verfahrens erfolgreich mit den Krankenkassen über die Refinanzierung verhandelt wurde. Künftig wird ein höheres Entgelt gezahlt.

Sachstand Initiative NRWinformierBAR

Herr Herz erläutert, dass der Kreis Mettmann mit seinen Verwaltungsgebäuden 1, 4 und 5 jetzt im Landesportal NRWinformierBAR vertreten ist.

Die Informationen sind sehr detailreich und können unter dem Link www.informierbar.de abgerufen werden.

Außenarbeitsplätze der Werkstätten für Behinderte bei der Kreisverwaltung

Frau Haase informiert, dass im Rahmen der Beschäftigung von Mitarbeitern der Werkstätten des Kreises Mettmann ein Mitarbeiter als Hausmeister einen betriebsintegrierten Arbeitsplatz im Haus erhalten hat. Ein weiterer Mitarbeiter wird im Bereich der Gruppe eingesetzt, die sich um die Instandhaltung des Neanderlandsteigs kümmert.

Zu Punkt 5: Vorstellung des Therapieansatzes ABA/VB (Applied Behavior Analysis/Verbal Behavior) für autistische Kinder
--

Herr Rohde begrüßt Frau Pellet Lastra (Gründerin) und Frau Bouwer (Mitarbeiterin) vom Therapiezentrum Glückspilze.

Beide erläutern ausführlich die Inhalte des Therapieansatzes ABA/VB und berichten über ihre Arbeit im Therapiezentrum Glückspilze.

Die PowerPoint Präsentation wird der Niederschrift als **Anlage 1** beigelegt.

Im Anschluss an die Präsentation beantworten beide Referentinnen eingehend u.a. Fragen der Ausschussmitglieder zu

- Ausrichtung und Qualifikation des Teams von „Glückspilze“
- Elterneinbindung
- Nachfrage nach Therapieplätzen
- Methoden der Autismustherapie

Herr Rohde dankt Frau Pellet Lastra und Frau Bouwers für den Vortrag und wünscht ihnen für ihre weitere Arbeit viel Erfolg.

Vor Einstieg in die Beratungen erläutert Herr Rohde das Verfahren der Haushaltsberatungen. Grundlage der Haushaltsberatungen bildet der in der Sitzung des Kreistages am 22.10.2015 eingebrachte Haushaltsentwurf 2016.

Wie bereits in den Vorjahren wird für Anträge und Anfragen das bekannte schriftliche Verfahren verwendet.

Alle Anträge/Anfragen liegen nochmals als Tischvorlage (**Anlage 2**) aus.

Die Tischvorlage zur Agenda Inklusion wird der Niederschrift als **Anlage 3** beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende ruft nacheinander die einzelnen Produkte auf und lässt über diese abstimmen. Die Änderungsanträge stehen bei den jeweiligen Produkten zur Beratung und Beschlussfassung an.

Nach abschließender Vorberatung durch den Fachausschuss erfolgt eine endgültige Beschlussfassung über den Haushaltsentwurf 2016, soweit er in die Zuständigkeit des Ausschusses fällt.

Produktbereich 05 (Soziale Leistungen)

Produkte 05.01.01 - 05.06.05

05.01.01 (Eingliederungshilfe, Fürsorgestelle, Sprachheilfürsorge)

Eingangs erläutert Frau Haase, dass die Antragszahlen weiterhin stark gestiegen sind. Insbesondere die Fälle im Rahmen der sog. Persönlichen Budgets sind sehr kostenintensiv.

Um den zu prognostizierenden Aufwandssteigerungen entgegenzuwirken, wird derzeit sukzessive ein Fachcontrolling im Sinne einer Steuerung und Fallkontrolle eingerichtet.

In der Sachbearbeitung im Bereich der Eingliederungshilfe werden verschiedenste, auch sachlich fremde Gesetzbücher tangiert, was die Sachbearbeitung und Zuständigkeitsprüfung sehr komplex und anspruchsvoll macht. Aus diesen Gründen wird nach einigen Personalwechseln zur Erlangung von mehr Rechtssicherheit nun vermehrt in die Qualifizierung der Mitarbeiter investiert.

Im Stellenplan sind zusätzliche Stellen für dieses Produkt vorgesehen.

Frau Haase hofft, dass die zuvor aufgeführten verwaltungsinternen Maßnahmen greifen und sich die Ausgabensteigerung dadurch abflacht.

Trotz der genannten Maßnahmen werden die Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe unweigerlich weiter stark ansteigen. Angesichts dieser Entwicklungen und Prognosen wird dieser pflichtige Aufgabenbereich kaum einen merklichen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung leisten können.

Frau Stolz bedankt sich für die ausführlichen Erläuterungen und merkt an, dass detaillierte Prüfungen auch viel Zeit beanspruchen.

Zur verbesserten Bearbeitungsqualität und zur Vermeidung von Widersprüchen und Klagen ist das Sachgebiet mit mehr Personal auszustatten.

Frau Stolz fragt, wie der erhebliche Anstieg in den Haushaltsansätzen zu Stande kommt.

Herr Schäfer erklärt, dass verschiedene Faktoren für die Steigerung ursächlich sind. Neue Methoden in der Autismustherapie führen zu erhöhten Kosten.

Auch die schulische Inklusion führt zu steigenden Kosten. Zudem wurden einige Bereiche vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) auf die örtlichen Träger abgegeben. So wurden beispielsweise die Persönlichen Budgets früher insgesamt vom LVR finanziert. Die Antragszahlen werden auch zukünftig steigen. Von einer rückläufigen Ausgabenentwicklung ist nach derzeitigem Erkenntnisstand nicht auszugehen.

Frau Stolz fragt, wie bei dieser Entwicklung die Kreistagsabgeordneten die Verwaltung mit Anträgen unterstützen können.

Frau Haase bittet um Zustimmung zum Stellenplan und den darin enthaltenen zusätzlichen Stellen. Damit kann der eingeschlagene Kurs der Verwaltung, der der Ausgabenentwicklung entgegenwirken soll, weiter verfolgt werden.

Herr Schnitzler merkt an, dass die Inklusion aufgrund der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention auch zukünftig das zentrale Thema der Eingliederungshilfe darstellt und steigende Ausgaben daher kaum vermeidbar sein werden.

Die Haushaltsansätze in der mittelfristigen Planung hält Herr Schnitzler für zu optimistisch.

Zum **Produkt 05.05.01 (Eingliederungshilfe, Fürsorgestelle, Sprachheilfürsorge)** liegt eine Anfrage der Fraktion Die LINKE. (laufende Nr. 1 der Anlage 2) vor.

Frage: Sind in der Aufteilung der Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2016 Kosten für InklusionsbegleiterInnen enthalten?

Diese wird wie folgt beantwortet:

Die Aufwendungen für Inklusionsbegleiterinnen werden in den Produkterläuterungen auf Seite 867 des Haushaltsplanentwurfs aufgeschlüsselt.

Es ergibt sich folgendes Bild: Freizeitbegleitung: 1.200.000 €; Schulbegleitungen: 4.200.000 €; Schulbegleitung (Pool): 2.250.000 €, Kindergartenbegleitungen: 1.000.000 €

Die vorstehenden Ansätze beziehen sich nur auf die Kosten für Begleitpersonen im Rahmen des Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII).

Zum gleichen Produkt liegt eine Anfrage der SPD-Fraktion (laufende Nr. 2 der Anlage 2) vor.

Frage: Beförderungsdienst für Behinderte: Gibt es Möglichkeiten, den Beförderungsdienst für Behinderte kostengünstiger zu gestalten?

Die Anfrage wird verwaltungsseitig folgendermaßen beantwortet:

Derzeit wird der Fahrdienst als freiwillige Leistung kritisch und ergebnisoffen geprüft. Die Form und Organisation der Aufgabenerledigung im Bereich des Fahrdienstes wird zunächst mit anderen Städten und Landkreisen verglichen.

Es sei jedoch angemerkt, dass die Fahrdienststrichtlinie zuletzt im Jahre 2003 angepasst wurde. Allein deswegen könnten sich entsprechende Änderungsbedarfe ergeben, beispielsweise zur Frage der Eigenanteile. Das Ergebnis der Überprüfungen wird im nächsten Jahr in einer Verwaltungsvorlage dargestellt.

Abstimmungsergebnis zum Produkt 05.01.01: einstimmig angenommen

05.04.09 (Behinderung und Ausweis)

Hierzu liegt ein **Veränderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** (laufende Nr. 3 der Anlage 2) vor.

Frau Münnich erläutert den Änderungsantrag. Sie merkt an, dass schon einmal zuvor für einzelne Jahre die im Antrag genannten Kennzahlen vorgestellt wurden.

Herr Schäfer erklärt, dass nur die Vorlage der Kennzahlen keine zusätzliche Transparenz schaffen würde. Ohne die kausalen Zusammenhänge haben diese Kennzahlen für sich alleine keine Aussagekraft. Zudem sind die Kennzahlen vom Land vorgegeben (Pflichtaufgabe zur Erfüllung nach Weisung) und andere Kennzahlen mit der vom Land zur Verfügung gestellten IT in der geforderten Form nicht erfassbar.

Herr Schäfer schlägt deshalb vor wie zuletzt zur Sitzung des Gesundheitsausschusses im Februar nun jedes Jahr eine zusammenhängende Darstellung für den Bereich Behinderung und Ausweis vorzulegen.

Frau Stolz fragt zu den Kosten bei den Widersprüchen und Klageverfahren, ob der Kreis die nicht unerheblichen Gutachterkosten im Klageverfahren zu tragen habe, was nur der Fall sei, wenn seitens der Verwaltung nicht ausreichend ermittelt wurde.

Herr Schäfer erläutert, dass der Kreis Mettmann eben aus diesem Grunde bisher noch nie Gutachterkosten im Gerichtsverfahren zu zahlen hatte.

Die verwaltungsseitig vorgeschlagene Vorgehensweise wird von den Anwesenden angenommen.

Der Antrag wird daraufhin zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis zum Produkt 05.04.09 : einstimmig angenommen

05.05.01 (Behindertenkoordination und beratende Dienste)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.05.02 (Frühe Hilfen und Freizeitmaßnahmen bei Behinderung)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.06.01 (Einrichtungen für behinderte Erwachsene)

Frau Hruschka fragt, warum von 2015 zu 2016 die stationären Plätze in Wohnheimen bzw. Außenwohngruppen sinken.

Herr Köppchen erläutert, dass die rückläufige Entwicklung über die Umsetzung des gesetzlich normierten Prinzips „ambulant vor stationär“ zu erklären ist.

In einem sukzessiven Prozess werden die stationären Plätze in ambulanten Formen umgewandelt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.06.02 (Integrative Kindertagesstätte Velbert)

- es liegen keine Änderungsanträge vor-

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.06.03 (Heilpädagogische Tagesstätte Ratingen)

Frau Hruschka fragt nach den Gründen der erheblichen Steigerung im Bereich der motopädischen Behandlungen. Diese steigen von 250 (2015) auf 650 (2016). Herr Köppchen erklärt, dass die Anzahl der Behandlung von den Bedarfen der Kinder abhängig ist. Zudem war eine Stelle der Motopädin zeitweilig nicht besetzt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.06.04 (Heilpädagogische Kindertagesstätte Mettmann)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

05.06.05 (Heilpädagogisch / Integrative Kindertagesstätte des Kreises Mettmann in Langenfeld)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Produktbereich 07 (Gesundheitsdienste)

Produkte 07.01.01 - 07.03.01

07.01.01 (Gesundheitsförderung)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

07.01.02 (Gesundheitsbezogene Hilfen für Eltern, Kinder und Jugendliche)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

07.01.03 (Psychosoziale Versorgung)

Hierzu liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor. (laufende Nr. 4 der Anlage 2)

Herr Dr. Lange informiert, dass die ursprüngliche Kalkulation für die Neugestaltung der Kontrakte Sozialpsychiatrie und Suchtkrankenversorgung auf Zahlen des Jahres 2014 basierte.

Nachdem nun die Zahlen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) für das Jahr 2015 vorliegen, wurde eine entsprechende Berechnung vorgenommen.

Die tariflichen Steigerungen machen eine finanzielle Anpassung erforderlich.

Abstimmungsergebnis zum Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis zum Produkt: 07.01.03: einstimmig angenommen

07.02.01 (Gesundheitsschutz)

Hierzu liegt ein Veränderungsantrag der Verwaltung vor. (laufende Nummer 5 der Anlage 2)

Dr. Lange erläutert, dass der Vertrag mit dem bisherigen Anbieter auch im Jahr 2016 weiter laufen soll. Durch Tarifierhöhungen im Jahr 2016 werden die Kosten der Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann um 1.600 € teurer.

Dieser Betrag wird allerdings von den kreisangehörigen Städten erstattet.

Abstimmungsergebnis zum Veränderungsantrag: einstimmig angenommen

Abstimmungsergebnis zum Produkt 07.02.01: einstimmig angenommen

07.02.02 (Medizinalaufsicht)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

07.03.01 (Amts- und sozialärztliche Aufgaben)

– es liegen keine Änderungsanträge vor –

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

GESAMTABSTIMMUNG

Der Gesundheitsausschuss nimmt den vorliegenden Haushaltsentwurf für das Haushaltsjahr 2016 – soweit er in seinen Zuständigkeitsbereich fällt – zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss, dem Entwurf mit den beratenen Änderungen zuzustimmen und an den Kreistag zur Beschlussfassung weiterzuleiten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 6:	Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann für das Jahr 2016 - Aufhebung der Kreistagsbeschlüsse vom 18.12.2014 (Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann vom 22.12.1995) sowie vom 22.06.2015 (Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann) - Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann für das Jahr 2016 - Vorlage Nr. 53/019/2015
--------------------	---

Es besteht kein Beratungsbedarf, so dass Herr Rohde über den Beschlussvorschlag abstimmen lässt:

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschluss des Kreistages vom 18.12.2014 hinsichtlich der Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zur Durchführung der Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann vom 22.12.1995 wird mit der Maßgabe abgeändert, dass die Kündigung erst zum 31.12.2016 ihre Wirksamkeit entfaltet.
2. Der Beschluss des Kreistages vom 22.06.15 über den Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann wird aufgehoben. Gleichzeitig wird die als **Anlage** beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung über die Rattenbekämpfung im Kreis Mettmann für das Jahr 2016 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

(Frau Rotert ist bei der Abstimmung nicht anwesend)

Zu Punkt 7:	Bericht über die Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahre 2015 - Vorlage Nr. 57/012/2015
--------------------	---

Herr Schäfer erläutert, dass die Vorlage den alljährlichen Überblick über die durchgeführten Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung bietet.

Herr Rohde informiert ergänzend, dass der Landschaftsverband Rheinland die Bezuschussung von Ferienmaßnahmen für behinderte Menschen derzeit umstellt. Es werden künftig neue Förderrichtlinien zur Förderung inklusiver Urlaubsmaßnahmen für Menschen mit Behinderung gelten.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Thema „Ferienfreizeiten für Menschen mit Behinderung im Jahr 2015“ zur Kenntnis.

Zu Punkt 8:	Versorgungssituation für Kinder mit Förderbedarf im Vorschulalter im Kreis Mettmann - Vorlage Nr. 57/013/2015
--------------------	--

Herr Schäfer erläutert, dass über die Versorgungssituation für Kinder mit Förderbedarf im Vorschulalter regelmäßig in der Sitzung des Gesundheitsausschusses berichtet wird.

Fragen der Ausschussmitglieder zur Darstellung zum Punkt „Warteliste“ konnten in der Sitzung beantwortet werden. Herr Schäfer informiert, dass es sich bei den auf der Warteliste befindenden Kindern hauptsächlich um Anmeldungen für das Kindergartenjahr 2016/2017 handelt. Die Daten hierzu erhält das Amt für Menschen mit Behinderung durch Abfragen bei den KITA-Trägern. Im Frühjahr 2016 wird die Verwaltung erneut berichten.

Der Gesundheitsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Thema „Versorgungssituation für Kinder mit Förderbedarf im Vorschulalter im Kreis Mettmann“ zur Kenntnis.

Zu Punkt 9:	Nachträge
--------------------	------------------

Zu Punkt 9.1:	Tätigkeit des Beschwerderates für Psychiatrie und Suchthilfe der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft Mettmann Hier: Anfrage der Fraktion DIE LINKE. vom 02.11.2015 - Vorlage Nr. 53/021/2015
----------------------	--

Herr Dr. Lange beantwortet die in der Anfrage aufgeführten Fragen der Fraktion DIE LINKE. Die ausführliche Beantwortung wird als **Anlage 4** der Niederschrift beigelegt.

Danach stellt Herr Rohde die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:15 Uhr

gez.

Klaus Rohde

gez.

Anja Kirches